

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Botenlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Botenlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungs-Nr. 4153) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. zzgl. Postgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die gespaltene Pettzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Beilagsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Insetrate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Aufgegebene Insetrate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redakt.: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.

Wahlrechtsliga.

Arbeiter, Bürger, Parteigenossen!

Die von Euch in der denkwürdigen Versammlung zu Stötteritz am 5. Januar gewählte Kommission hat, um eventuelle Weiterungen und Störungen von außen zu vermeiden, den Beschluß gefaßt, sich als **Berein** unter dem Namen

Wahlrechtsliga

zu konstituieren. Das ist gestern geschehen. Der unterzeichnete Vorstand ist gewählt worden. Näheres über die Erwerbung der Mitgliedschaft u. s. w. wird in kürzester Frist bekannt gegeben.

Die Aufgabe der **Wahlrechtsliga** ist klar vorgezeichnet. Sie soll den Kampf für die **Erhaltung und Erweiterung des bestehenden Landtagswahlrechts in Sachsen** mit aller Energie planmäßig führen. Sie soll gegen die volksfeindlichen Untriebe der Staatsstreicher die vertriebenen Volksrechte schützen und dem Klüngel der Geldsackparteien, die uns das elende Dreiklassenwahlrecht oktroyieren wollen, die Stirne bieten.

Alle Mittel der Propaganda in Wort und Schrift, Versammlungen, Flugblätter, die Presse, Petitionen, Demonstrationen werden gebraucht, die Arbeiten für die gefährdeten Volksrechte werden einheitlich geleitet und ausgeführt werden.

Mitglied der Wahlrechtsliga kann jeder werden, der sich zu diesen, in der Stötteritzer Resolution festgelegten Forderungen bekennt. Alle Unterdrückten, alle Ausgebeuteten, die großen Massen der Arbeiter und kleinen Leute sind in ihrem höchsten Interesse durch die schmähliche Wahlentziehung bedroht.

Jeder Freund der Freiheit und des Rechts gehört in die Reihen der Wahlrechtsliga. Bürger, Arbeiter, Parteigenossen! **Gefahr ist im Verzug!** Die Reaktion will durch eine Ueberrumpelung die in großem Stille eröffnete Wahlrechtskampagne lahmlegen. Jeder Tag kann die Vorlage bringen. Es gilt ungesäumt zu handeln, sich zur Gegenwehr zu rüsten, schlagfertig zu sein. Nicht unvorbereitet darf der Feind uns finden.

Tretet ein in die Wahlrechtsliga!

Unser Feldgeschrei lautet:

Nieder mit den Umstürzern von Oben! Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Leipzig, 8. Januar 1896.

Der Vorstand der Wahlrechtsliga.

Dr. Bruno Schoenlant, Mitglied des Reichstags, 1. Vorsitzender. **Karl Vuhf**, Lagerist, 2. Vorsitzender. **Paul Almann**, Schirmfabrikant, Kassierer. **Otto Bollender**, Redakteur, Schriftführer. **Ernst Grenz**, Expedient, Beisitzer. **Paul Schiemann**, Former, Beisitzer. **Julius Lehmann**, Schriftsetzer, Beisitzer.

Leipzig, 8. Januar.

Ueber Frankreich im Jahre 1895 schreibt uns unser Pariser #.-Korrespondent: Ein ereignisreiches Jahr hat Frankreich hinter sich. Eine Präsidentschafts- und zwei Ministerkrisen, ein langwieriger und opfervoller Kolonialkrieg, ein großer gewerkschaftlich-politischer Kampf, zwei politisch-finanzielle Skandale (Südbahn- und Phosphat-schwindel) — das die Hauptereignisse, die dem verflohenen Jahre ein besonderes Gepräge aufdrückten.

Das Jahr 1895 begann mit dem Sturz des „starkfäustigen“ Ministeriums Dupuy und der sich daran anschließenden Demission des Präsidenten Casimir Perier.

„Die Republik wird konservativ sein oder sie wird nicht sein,“ prophezeite vor einem Vierteljahrhundert Präsident Thiers, der Staatsmann der Großbourgeoisie. Das gerade Gegenteil von dem hat die Geschichte als wahr erwiesen: Die Republik darf unter Gefährdung aller Kräfte nicht konservativ sein. Jeder Versuch, die Republik zu einem Werkzeug konservativer, d. h. (in Frankreich) großbürgerlicher und arbeitfeindlicher, Interessens herabzuwürdigen, im steten Wachsen begriffenen Sozialismus eingeleitet. So kam es, daß die Vollblutreaktionäre Dupuy und Perier fast zwei Jahre hindurch (vom April 1893 an) einander als Ministerpräsidenten am Staatsruder ablösten. Nach

der Ermordung Carnots (Juni 1894) gelangte vollends Perier auf den Präsidentenstuhl, während Dupuy Ministerpräsident war und blieb. Den Ordnungsgewalten hing damals der Himmel voll Wahngelien. Sie segneten im stillen den Dolch Caserios, der einem so bewährten und berufenen Ordnungskämpfer, dem vielfachen Millionär Perier, zum höchsten Staatsamt verholfen hat. Dupuy im Bunde mit Perier wird, so hofften die Reaktionäre, die sozialistische Gefahr endgültig bannen und eine Aera dauernden Stillstandes eröffnen. In Wirklichkeit eröffneten sie eine Aera heftiger Kämpfe, in denen die Sozialisten die Oberhand behalten sollten.

Die Wahl des wegen Perier-Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis nebst 3000 Franken Buße verurteilten Sozialisten Gérard-Richard war für den Präsidenten eine noch schwerere persönliche Niederlage, als die kurz vorher mit Hilfe der Sozialisten zu stande gekommene Wahl des sozialistischen Radikalen Wachimont, der in Periers eigenen Wahlkreis den von diesem unter 1895ten Kandidaten geschlagen hatte. Dann kam (Januar 1895) die Interpellation des sozialistischen Abg. Millerand über die Südbahngarantie, die das Ministerium Dupuy zu Falle brachte und zugleich Periers Freund, den ehemaligen Minister der öffentlichen Arbeiten Raynal, als den Urheber des zum Nachteil des Staates und zur Begünstigung der Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrags an den Pranger stellte. Nun hatte es Perier genug. Der als stahltester Charakter gepriesene Kapitalistenhäuptling ergriff vor den bösen Sozialisten die Flucht, von seinen eigenen Leuten verhöhnt und verachtet.

Der Sturz des Staatsretterpaares Dupuy-Perier bedeutete den Bankrott der unverhüllten, selbstfischeren Reaktionspolitik. An deren Stelle trat mit Felix Faure als Präsidenten und Ribot als Ministerpräsidenten eine unsichere, mehr oder minder verlässliche, in der Hauptsache jedoch, namentlich in Bezug auf die Arbeiterklasse, im alten Geleise einher-schwankende Reaktionspolitik. Faure und Ribot gehörten

zu der schwächeren, friedfertigeren Spielart des Opportunismus.

In diesem Personalwechsel spiegelte sich wider die durch die Doppelkrise erzeugte Abspannung und Erschlaffung im Lager der Ordnungspartei. Letztere noch willensstark genug, um die Wahl des radikalen Brissou zum Präsidenten zu verhindern, ihre Energie reichte aber nicht mehr dazu aus, einen markanten Ordnungskämpfer, wie Waldeck-Rousseau, auf den Präsidentenstuhl zu setzen. Wie stark übrigens die auf die Kraftmeier-Politik folgende Abspannung war, zeigt der Umstand, daß der neue Präsident, trotzdem er von einer opportunistisch-monarchistischen Mehrheit gewählt war, zunächst den radikalen Bourgeois mit der Kabinettsbildung beauftragte und — nach dem Zustandekommen des Ministeriums Ribot — in eine umfassende politische Amnestie einwilligte. Die Amnestie kam unter anderem Rochefort, Gérard-Richard und dem sozialistischen Abg. Carnaud zu Gute, wozu letzterer unter Dupuy in Roanne, am Schauplatz des Weberstreiks, verhaftet worden war.

Die weberstreikische Verhaftungszeit des Ribot ist von drei Ereignissen beherrscht: der Madagascar-Expedition, dem Südbahnschwindel und dem Carmauzer Ausstand.

Wenn auch das Kabinett Ribot für die unter Dupuy ausgearbeitete liederliche Organisation der Expedition nicht verantwortlich gemacht werden kann, so hat es doch seinerseits die Organisationsfehler durch eine kopflose Leitung verhängnisvoll werden lassen. Die derart geleitete Expedition kostete an Menschenopfern — nach amtlich zugegebenen Zahlen — 3700 Tote, wozu die mindestens das Doppelte betragende Zahl der für ihr Leben lang an der Gesundheit Geschädigten hinzukommt. An Geld, das zu einem erheblichen Teile nutzlos verthan wurde (namentlich für die unbrauchbaren Levebvre-Wagen), kostete die Expedition, zusammen mit den jüngst votierten Nachtragkrediten, über 80 Millionen Franken. Und was wird Madagascar dem